

Vieles von dem, wofür das BSW heute erbittert streiten muss, ist erst aus dem Leben der Deutschen verschwunden, als auch die SED aus ihm verschwand.

Aus Leserbriefen an die Redaktion

Unterzeile

»Vertrottlung der Bourgeoisie«

→ Zu jW vom 17.4.: [»Gemeinsam streiken«](#)

Im Interview mit Markus Lanz saßen der Blogger Ole Nymoen, zwei Bundeswehr-Ladys und ein gymnasialer Zwölftklässler in einer Runde. Zusammen mit Lanz waren vier Teilnehmer für die Wehrpflicht, weil es »ein Genuss ist, in diesem Lande zu leben«, seine Werte zu verteidigen und die beruflichen Aussichten für die Jugend so positiv seien. Damit sei eigentlich genug gesagt, diesen »unseren« Staat auch mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Die Videoeinspieler aus dem Bundeswehr-Werbefundus zeigten, wie körperlich fit man/frau sein muss und wie nachhaltig nährend und wertvoll die Überwindung des inneren Schweinehundes bei extremer Belastung sei. Um nicht doch irgendwann in einem Schützengraben liegen zu müssen, sei es zudem wichtig, die Hochrüstung extrem auszuweiten, damit es gar nicht erst zu einem Krieg kommt.

Die entscheidende Falle, in die auch der Antimilitarist Ole gelaufen ist, war einfach auszumachen. Offenbar war keinem der Teilnehmer überhaupt bewusst, welche Rolle ein Staat und dessen Organe und besonders das Militär in einem Klassenstaat überhaupt spielen. Wir erleben zur Zeit genau wie vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg ein vergleichbares Miteinander von zunehmender Aggressivität nach außen und einem autoritären antidemokratischen Umbau unserer Gesellschaft nach innen. Werner Hofmann machte bereits 1966 darauf aufmerksam:

»Wohin man heute blickt, die Privatwirtschaft mischt in Bonn mit, bis in die Auseinandersetzungen der Regierungen hinein. Was wiegen da alle Deklamationen im Bundestag gegen die Willensbekundungen etwa des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, was vermag ein Finanzminister gegen den olympischen Wink eines Hermann Abs, des Vorsitzenden des Vorstandes der Deutschen Bank? Mit vollem Recht hat Fritz Berg, der Präsident des Industriellenverbandes, schon vor Jahren es öffentlich aussprechen können: ›Dieser Staat ist unser Staat. Wir müssen zu diesem Staat stehen.‹ So belehrt ein überwältigender Augenschein den, der unbefangen in unsere Welt blickt, über die wahren Machtverhältnisse in unserem Lande. Konsequenz sah er die staatliche Gewalt, die ›der Verfassung nach vom Volke ausgeht‹, seit längerem vom Volke ziemlich weit entfernt. Sie steht heute im Begriff, sich gegen das Volk selbst zu kehren« (Werner Hofmann: »Kongress Notstand der Demokratie«, in: *Elan*, Nr. 12/66, Beilage S. 8).

So richtig in Fahrt gekommen waren die Volksvertreter im Bundestag aber schon 1951, als es eine breite Bewegung gegen die Wiederbewaffnung und für den Abschluss eines Friedensvertrages gab. 1.700 Delegierte aus allen Teilen der BRD forderten seinerzeit eine Volksbefragung über diese Fragen! Als daraufhin die Befragungen begannen, reagierte die Regierung unter anderem auf Betreiben der SPD-Fraktion mit einem Verbot: »Am 24.4.1951 verbietet die Regierung die Volksbefragung mit der Begründung, sie stelle ›einen Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes dar« (Karl Hubert Reichel: »Wie